Landkreis Ammerland - 26653 Westerstede

Protokoll
Gremium: Schulausschuss

Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 29.03.2023
Beginn:	16:00 Uhr
Ende	16:37 Uhr
Sitzungsort:	Kreishaus Westerstede, Sitzungssaal

Anwesend:

Vorsitzende/r
Herr Hermann Nee

Mitglieder
Frau Lina Bischoff
Frau Maria Bruns
Herr Benjamin Dau
Herr Alexander Essen von
Frau Evelyn Fisbeck
Frau Merle Heßler
Herr Axel Hohnholz
Frau Susanne Lamers
Herr Frank Lukoschus
Frau Susanne Miks
Frau Birgit Rowold
Herr Frerk Schmidt — Vertretung für KA Treber
Frau Irmgard Stolle
Frau Kira Wiechert

von der Verwaltung
Frau Landrätin Karin Harms
Herr Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Ralf Denker
Frau Kreisverwaltungsrätin Regine Miotk

Protokollführerin
Frau Claudia Hobbiebrunken

hinzugewählte Mitglieder
Herr Uwe Behrens, Vertreter der Lehrerschaft
Frau Susanne Joswig, Vertretung d. Arbeitgeberorganisation — Vertretung für Herrn Ukena

Abwesend:

Mitglieder
Frau Ute Treber

hinzugewählte Mitglieder
Frau Claudia Janßen-Menkhaus, Vertreterin der Arbeitnehmerorganisation
Herr Holger Ukena, Vertretung der Arbeitgeberorganisation

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1	Eröffnung der Sitzung
2	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3	Feststellung der Tagesordnung
4	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 17.11.2022
5	Einwohnerfragestunde
6	Antrag auf Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Emotionale und soziale Entwicklung (ESE)" Vorlage: BV/032/2023
7	Errichtung eines Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule (RZI) im Landkreis Ammerland Vorlage: BV/033/2023
8	Mitteilungen der Landrätin
9	Anfragen und Hinweise
10	Einwohnerfragestunde
11	Schließung der öffentlichen Sitzung

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Nee eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Schulausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Verlauf der Sitzung auf Tonträger aufgenommen und nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Vors. Nee stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses am 17.11.2022

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Antrag auf Errichtung einer Förderschule mit dem Förderschwerpunkt "Emotionale und soziale Entwicklung (ESE)" Vorlage: BV/032/2023

Vors. Nee teilt mit, dass ihm aus den Fraktionen mitgeteilt worden sei, dass die Verwaltung hier eine hervorragende Arbeit geleistet habe und hierfür spricht er im Besonderen Ltd. KVD Denker seinen Dank aus.

Ltd. KVD Denker erinnert an die intensiven Beratungen in der letzten Schulausschusssitzung am 17.11.2022 und in der darauffolgenden Sitzung des Kreisausschusses am 07.12.2022. Wie bekannt sei, wurde der Verwaltung u.a. der Auftrag erteilt, Gespräche mit Institutionen und Einrichtungen zu führen und eine Expertenkommission zu bilden. Wie der Vorlage zu entnehmen sei, habe die Expertenkommission in 3 Sitzungen getagt und sich beraten. Zusammengefasst habe sie in der 1. Sitzung den Sachverhalt nach Beratung auf eine gemeinsame Basis gebracht und sich über die verschiedenen denkbaren Modelle ausgetauscht. In der 2. Sitzung habe man sich intensiv mit den eingeladenen Schulleitungen und deren Berichten auseinandergesetzt. Im Nachgang seien die Erkenntnisse in den einzelnen Fraktionen

reflektiert und in 3. Sitzung gemeinsam zu einem Ergebnis zusammengefasst worden. Im Weiteren geht er vertiefend auf drei Aspekte besonders hervorhebend ein:

Ltd. KVD Denker weist zunächst ausdrücklich darauf hin, dass zum heutigen Zeitpunkt keine zuverlässige Aussage dahingehend getroffen werden könne, wie sich der Bedarf entwickele. Es gebe lediglich eine Prognose, wie in der Vorlage dargestellt.

Als temporäre Lösung zur technischen Umsetzung sei eine Anmietung von Räumen der Schule am Voßbarg denkbar, worüber noch Gespräche mit der Gemeinde Rastede zu führen seien. Wie in der Vorlage aufgeführt, stelle sich mittelfristig vielleicht auch die Frage nach einer Neuerrichtung einer Schule und hierfür sei nach ersten Schätzungen mit einem Kostenvolumen von 11,5 Mio. Euro zu rechnen. Angesichts dieses erheblichen Finanzvolumens erinnert er an den Beschluss zum Planungsauftrag für eine Förderschule mit dem Förderschwerpunkt G (Astrid-Lindgren-Schule). Zusammenfassend würden bei positiven Beschlussfassungen zur Schulträgerschaft in beiden Fällen erhebliche Finanzmittel für die Zukunft gebunden. Ein entsprechender Antrag auf Errichtung einer Förderschule ESE habe zudem Auswirkungen auf die personellen Kapazitäten der Verwaltung, insbesondere auf das Schul- und Kulturamt. Hier seien die Kapazitäten auf die derzeitigen Aufgaben ausgerichtet und es müsste neues Personal gewonnen werden, wenn sich beispielsweise die Zuständigkeiten bei Schulträgerschaften veränderten.

Im Weiteren verweist Ltd. KVD Denker auf die Seite 9 der Vorlage. Hier sei das Ergebnis der Beratungen der Expertenkommission zusammenfassend dargestellt. Aus den Fraktionen wurde von den politischen Mitgliedern der Expertenkommission als einstimmiges Meinungsbild vorgetragen, dass die Schulträgerschaft beim Landkreis Ammerland liegen solle. Im Vorfeld hatten sich die Gemeinderatsfraktionen in der Gemeinde Rastede mehrheitlich gegen eine Schulträgerschaft durch die Gemeinde Rastede ausgesprochen. Die Expertenkommission habe sich die Entscheidung nicht leicht gemacht und es sei versucht worden, alle Rahmenbedingungen mit zu berücksichtigen, zumal eine solche Entscheidung nicht mit der inklusiven Schulpolitik der Landesregierung im Einklang stehe. Auch evtl. Auswirkungen auf die Ersatzschulen seien mit in die Betrachtung genommen und in die Entscheidung der Expertenkommission mit berücksichtigt worden.

Zum Antragsverfahren erläutert Ltd. KVD Denker, dass es, bis es zu einer entsprechenden Genehmigung komme, sicherlich eine gewisse Zeit dauern werde. Es sei nicht zu erwarten, dass bereits für das Schuljahr 2023/2024 eine Genehmigung durch das Land vorliegen werde. So seien für das Antragsverfahren viele formalrechtliche Anforderungen zu erfüllen. Sollte der Beschlussvorschlag befürwortet werden und es werde ein entsprechender Antrag auf Übernahme der Schulträgerschaft gestellt, übernehme der Landkreis Ammerland erstmalig neben der bereits bestehenden Schulträgerschaft für die BBS eine weitere Schulträgerschaft. Neben der Durchführung des Genehmigungsverfahrens müsse man das Gespräch mit der Gemeinde Rastede suchen, um weitere Einzelheiten z.B. Miethöhe, Übernahme/Gestellung von vorhandenem Personal etc. zu besprechen.

KA Wiechert teilt mit, dass sie die Arbeit in der Expertenrunde als sehr angenehm empfunden habe. Aus den Gesprächen mit den einzelnen Schulleitungen sei deutlich worden, dass ein Bedarf einer ESE-Schule in öffentlicher Trägerschaft gesehen werde. Aus diesem Grunde werde die CDU-Fraktion dem Beschlussvorschlag zustimmen. Es sei schade, dass es nicht zu einer Genehmigung zum Schuljahr 2023/2024 kommen werde. Dies liege sicherlich daran, dass der entsprechende Antrag, welcher bereits 2021 bei der Gemeinde Rastede eingereicht worden sei, dort nicht bearbeitet worden sei. Sie bittet die Verwaltung darauf hinzuwirken, dass die Genehmigung zum Schuljahr 2024/2025 erteilt werde. Sie bedankt sich bei allen Beteiligten für die gute Zusammenarbeit in der Expertenkommission. Sie fragt nach, ob die ESE-Schule Schülerinnen und Schüler ab Klasse 1 oder ab Klasse 5 aufnehmen werde.

Ltd. KVD Denker antwortet, dass es sich hier um die Schulträgerschaft einer ESE-Schule für den Sekundarbereich, also ab Klasse 5, handele.

KA Lukoschus teilt mit, dass in den letzten Sitzungen und in den Schulen viele Gespräche zu dieser Thematik geführt worden seien. Er bedankt sich bei der Verwaltung für die guten Vorbereitungen und Ausarbeitungen der einzelnen Sitzungen der Expertenkommission. Der Beschlussvorschlag werde von seiner Gruppe unterstützt und sei seiner Meinung nach der richtige Weg, auch wenn er sich persönlich eine Schulträgerschaft durch die Gemeinde Rastede gewünscht habe. Die zeitliche Verzögerung, wie bereits von KA Wiechert angesprochen, sei der längeren Bearbeitungsdauer in der Gemeinde Rastede geschuldet. Er bedankt sich bei der Schule am Voßbarg für die Initiative zur Antragstellung und für die Ausführungen der einzelnen Schulleiter/-innen in der Expertenrunde.

KA Stolle führt aus, dass sie selbst zwar nicht Mitglied der Expertenkommission gewesen sei, es aber eine durchweg positive Rückmeldung gegeben habe. Es sei gelungen, über die einzelnen Fraktionen hinaus, zu dieser schwierigen Thematik einen gemeinsamen Lösungsansatz zu erarbeiten. Auch sei die Arbeit der Verwaltung positiv hervorgehoben worden und auch sie spreche hierfür allen Beteiligten ihren Dank aus. Die SPD-Fraktion unterstütze den Beschlussvorschlag.

KA Fisbeck teilt mit, dass sie den vorherigen Ausführungen zustimme und bestätigt, dass die zeitliche Verzögerung der Gemeinde Rastede zuzurechnen sei. Sie sei dem Schulleiter der Schule am Voßbarg sehr dankbar, dass dieser sich wiederholt direkt an die politischen Vertreter in der Gemeinde Rastede gewandt habe. Sie bedankt sich bei der Verwaltung, dass diese sich dieser Thematik so gut angenommen habe. Sie hofft auf eine schnelle Genehmigung, damit die Schülerinnen und Schüler möglichst schnell an der neu gegründeten ESE-Schule eingeschult werden können und die Schule am Voßbarg ihre gute Arbeit fortsetzen könne.

KA Miks führt aus, dass es der guten und intensiven Zusammenarbeit zu verdanken sei, dass man zu diesem guten Ergebnis gelangt sei. Unverständlich sei nach wie vor ihrer Meinung nach der Beschluss der Landespolitik, die Förderschulen L auslaufen zu lassen. Die Expertenkommission habe eine gute Arbeit geleistet und aus diesem Grunde werde dem vorliegenden Beschlussvorschlag zugestimmt.

KA Schmidt bedankt sich bei der Verwaltung für die gute Arbeit und bei den Mitwirkenden in der Kommission für die Erarbeitung des Beschlussvorschlages. Diesem werde die Fraktion zustimmen.

LR`in Harms ist der Auffassung, dass man gemeinsam einen sehr guten Weg beschritten habe und dies vor allem in einem kurzen Zeitraum von Oktober 2022 bis zum heutigen Tage. Sie freue sich, dass alle gemeinschaftlich so gut zusammengearbeitet haben und dies auch von allen so wahrgenommen werde. Sie dankt der Expertenkommission und auch der Verwaltung für die gute Arbeit bis hin zu diesem Beschluss. Es sei allen bekannt, dass durch die Übernahme der Schulträgerschaft Kosten auf den Landkreis zukommen würden, dies bedeute aber auch, dass eine neue Verantwortung übernommen werde. Sie wünscht sich, dass die Errichtung einer E-SE-Schule nicht dazu führen werde, dass Schüler/-innen mit dem Förderschwerpunkt L einfach auf ESE-Förderbedarf begutachtet werden, sondern weiterhin die Inklusion an den allgemeinbildenden Schulen in Zusammenarbeit mit den Schulen in freier Trägerschaft vorangebracht werde. Das Ziel sei es, betroffenen Schülerinnen und Schülern den Weg in ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen. Sie sei erfreut, dass der Beschlussvorschlag die Zustimmung aller Fraktionen finde.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird beauftragt,

a) einen Antrag auf Errichtung einer öffentlichen Förderschule mit dem Förderschwerpunkt „Emotionale und soziale Entwicklung (ESE)“ am Standort der Förderschule „Lernen (L)“ am Voßbarg in Rastede beim Regionalen Landesamt für Schulen und Bildung zu stellen und

b) Vertragsgespräche mit der Gemeinde Rastede mit dem Ziel einer befristeten Anmietung von Räumlichkeiten in der Schule am Voßbarg für den Betrieb einer Förderschule ESE sowie der Bereitstellung personeller Ressourcen aufzunehmen.

Zu TOP 7 Errichtung eines Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum Inklusive Schule (RZI) im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/033/2023

KVR Miotk trägt den Sachverhalt anhand der Vorlage vor. Sie teilt u. a. mit, dass die Aufgaben eines Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrums (RZI) bisher durch die Schulleitung der Astrid-Lindgren-Schule in Edewecht wahrgenommen wurden. Im Februar dieses Jahres hätten sich die Hauptverwaltungsbeamten/-in, nach Eingang einer schriftlichen Anfrage zur Errichtung eines RZI mit der Thematik befasst und eine Empfehlung zur Errichtung an die Kreisgremien ausgesprochen. In einem Gespräch mit Vertretern des Regionalen Landesamtes für Schule und Bildung (RLSB) im Dezember 2022 sei zudem angeregt worden, über die Errichtung eines RZI nachzudenken. Das Personal für ein RZI werde vom Land gestellt, sodass kein eigenes Personal zur Verfügung gestellt werden müsse und hierfür keine Kosten entstehen. Für die zur Verfügung zu stellenden Räumlichkeiten erhalte man eine Miete. Schon jetzt sei ein erhöhter fachlicher Beratungsaufwand festzustellen und

man könne davon ausgehen, dass dieser noch steigen werde. Dies mit Blick auf den Wegfall der Förderschule L.

KA Lamers führt aus, dass es bereits jetzt einen Lehrermangel gebe und sie die Vorlage so verstehe, dass für die Besetzung eines RZI Lehrpersonal an einer Schule abgezogen werde und dort fehle. Sie fragt nach, wie diese Stelle besoldet werde und wie das Bewerbungsfahren ablaufe.

KVR Miotk antwortet, dass es ein formelles Stellenausschreibungsverfahren durch das Land geben werde, auf das sich Interessenten/-innen bei entsprechender Qualifikation bewerben können. Die Antwort zur Besoldungshöhe werde im Protokoll nachgereicht.

Antwort:
Die Leitungsstelle eines RZI kann bis zur Besoldungsgruppe nach A 14 NBesG bewertet sein. Für eine belastbare Aussage ist zunächst die Ausschreibung für den Landkreis Ammerland abzuwarten.

KA Lukoschus ist der Meinung, dass die Errichtung eines RZI viele Vorteile für die Schulen im Landkreis Ammerland mit sich bringen werde. Bereits jetzt könne man feststellen, dass es in den Allgemeinbildenden Schulen einen hohen Beratungsbedarf gebe. Da auch die Kosten für ein RZI vom Land vollständig übernommen würden, unterstütze er den Beschlussvorschlag.

KA Stolle merkt an, dass bereits seit längerem über die Errichtung eines RZI diskutiert werde. Es sei bekannt, dass nicht alle Schulen in Bezug auf die Inklusion gut vorbereitet seien, was sicherlich auch der bisher fehlenden Hilfestellung geschuldet sei. Hierbei könne in Zukunft ein RZI sicherlich hilfreich sein.

KA Bischoff ergänzt, dass sie aus ihrem persönlichen Umfeld wisse, dass dringend Unterstützung in der Beratung benötigt werde. Auch sei sie der Meinung, dass man mit der Errichtung eines RZI die Astrid-Lindgren-Schule entlaste. Aus diesen Gründen werde die Errichtung eines RZI unterstützt.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Die Verwaltung wird beauftragt, einen Antrag auf Errichtung eines Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentrum (RZI) im Landkreis Ammerland beim Land Niedersachsen zu stellen.

Zu TOP 8 Mitteilungen der Landrätin

Keine Mitteilungen.

Zu TOP 9 Anfragen und Hinweise

Keine Anfragen und Hinweise.

Zu TOP 10 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 11 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vors. Nee schließt die öffentliche Sitzung.